

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

| | |
|---|--|
| Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung | Datum 17.03.2008 |
| | Schriftführung Christian Ruhe |
| | Telefon-Nr. 02202/142237 |
| Niederschrift | |
| Rat | Sitzung am 28.02.2008 |
| Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach | Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:10 Uhr - 20:12 Uhr |
| | Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine |
| Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis | |
| Tagesordnung | |

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 18.12.2007 - öffentlicher Teil -
97/2008**
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Bau der Rettungswache Bergisch Gladbach-West
73/2008**
- 6. Entlastung des Hauptausschusses für den Jahresabschluss 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Städtische Feuerwehr“
53/2008**
- 7. II. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach sowie den Ersatz von Verdienstausfall und Entgeltordnung über die Erhebung privatrechtlicher Entgelte für die Gestellung von Brandsicherheitswachen und sonstige Leis-**

tungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach
54/2008

8. **Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“**
76/2008
9. **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“**
114/2008
10. **Wirtschaftsplanreste-Liste 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“**
112/2008
11. **Entgelterhöhung an der Musikschule ab April 2008**
11/2008
12. **Einwohnerfragestunde**
104/2008
13. **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Verlagerung der Ausländerbehörde**
106/2008
14. **Kinder- und Jugendförderplan 2. Lesung**
27/2008
15. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 29.10.2007 zum Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“**
118/2008
16. **Erweiterung der Richtlinien zur Förderung der Freizeit- und Erholungsmaßnahmen**
577/2007
17. **Unterkünfte-Konzept 2008 ff**
388/2007
18. **Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach**
78/2008
19. **Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen**
92/2008
20. **Bebauungsplan Nr. 3342 - Lohhecke -
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung**
20/2008
21. **Abschließende Beratung und Entscheidung zum Antrag der CDU-Fraktion vom**

- 31.08.2007:**
1. die städtischen Schulgelände vor unbefugter Nutzung zu schützen
2. den Schutz der Anwohner vor Lärmbelästigung außerhalb der Schulzeiten in geeigneter Form sicherzustellen.
103/2008
- 22. Besetzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen auf Kreisebene**
45/2008
- 23. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 23.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.01.2008 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen**
120/2008
- 23.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 12.02.2008 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen**
123/2008
- 23.3 Antrag der CDU-Fraktion (Eingang 20.02.2008) zur Ergänzung der Stellvertreterliste in verschiedenen Ratsausschüssen**
131/2008
- 23.4 Vorschlag zur Bestellung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern in Ausschüsse**
4a/2008
- 24. Anträge der Fraktionen**
- 24.1 Novellierung der Zuständigkeitsordnung im Bezug auf den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr (AUIV);**
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.12.2007
94/2008
- 24.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 19.11.2007, das vom Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschlossene Abwasserkonzept dem Rat vorzustellen**
91/2008
- 24.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten**
121/2008
- 24.4.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 08.01.2008 zu den Nutzungsentgelten für Sportstätten der Stadt Bergisch Gladbach**
122/2008
und
- 24.4.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.02.2008 zur Abschaffung der Sportstättenbenutzungsentgelte**
152/2008
- 24.5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.02.2008 zur Verlänge-**

ung der Nachflugerlaubnis am Köln-Bonner Flughafen

124/2008

und

24.5.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 18.02.2008, der Rat möge den Bürgermeister beauftragen, zu prüfen, ob die Stadt Bergisch Gladbach die Klage der Stadt Siegburg gegen die Verlängerung der Nachtflugregelung am Köln/Bonner Flughafen bis 2030 unterstützt

130/2008

25. Anfragen der Ratsmitglieder

B **Nicht öffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 18.12.2007 - nicht öffentlicher Teil -**
98/2008
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Anträge der Fraktionen**
5. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die 21. Sitzung des Rates in der siebten Wahlperiode.

Herr Orth stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung haben sich Herr Cüpper, Herr Dr. Kassner (beide CDU-Fraktion), Frau Ryborsch (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Sonnenberg (Fraktion KIDinitiative) entschuldigt.

Herr Orth benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 15.02.2008 mit den dazugehörigen Vorlagen und den bis dahin vorliegenden Beratungsergebnissen aus den Fachausschüssen,
- eine Aktualisierung/Ergänzung der TO - übersandt mit Schreiben vom 21.02.2008 - mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen des Hauptausschusses und des Finanz- und Liegenschaftsausschusses und folgenden Ergänzungen zur Tagesordnung: Antrag der CDU-Fraktion (Eingang 20.02.2008) zur Ergänzung der Stellvertreterliste in verschiedenen Ratsausschüssen, Vorlage 131/2008 (eingegangen nach Fristablauf); Vorschlag [*des Integrationsbeirates*] zur Bestellung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern in Ausschüsse, Vorlage 4a/2008; Antrag der SPD-Fraktion vom 18.02.2008, der Rat möge den Bürgermeister beauftragen, zu prüfen, ob die Stadt Bergisch Gladbach die Klage der Stadt Siegburg gegen die Verlängerung der Nachtflugregelung am Flughafen Köln/Bonn bis 2030 unterstützt, Vorlage 130/2008 (eingegangen nach Fristablauf)
- eine Stellungnahme des Bürgermeisters zu den Anträgen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion zur Verlängerung der Nachtflugregelung am Flughafen Köln/Bonn als Tischvorlage
- einen Antrag der CDU-Fraktion vom 26.02.2008 zur Abschaffung der Sportstättenbenutzungsentgelte als Tischvorlage (eingegangen nach Fristablauf)
- eine Ergänzung zum Antrag der FDP-Fraktion (Vorlage 123/2008, TOP A 23.2) als Tischvorlage.

Zum Antrag der CDU-Fraktion zur Ergänzung der Stellvertreterliste in den Ratsausschüssen bittet Herr Orth die Ratsmitglieder, den mit der Drucksache 131/2008 übersandten Antragstext gegen den ebenfalls als Tischvorlage überreichten modifizierten Antrag auszutauschen.

Er schlage den Ratsmitgliedern vor, die noch bei der Verwaltung eingegangenen Anträge in die Tagesordnung aufzunehmen, da bereits Tagesordnungspunkte zum jeweils gleichen Thema Bestandteil der Tagesordnung seien.

Der Antrag der SPD-Fraktion zu Nutzungsentgelten für Sportstätten, der bereits Gegenstand der Tagesordnung sei, könne als TOP A 24.4.1 behandelt und der Antrag der CDU-Fraktion zum gleichen Thema als TOP A 24.4.2 in die Tagesordnung aufgenommen werden. Zudem schlage er vor, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nachtflugregelung am Flughafen Köln/Bonn als TOP A 24.5.1 zu behandeln und den nachgereichten Antrag der SPD-Fraktion zum gleichen Thema als TOP A 24.5.2 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Ergänzung der Stellvertreterliste in den Ratsausschüssen könne als TOP A 23.3 und der Vorschlag des Integrationsbeirates zur Bestellung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in Ausschüsse als TOP A 23.4 in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Mit diesen Vorschlägen zeigen sich die Ratsmitglieder einvernehmlich einverstanden.

In der Sitzung des Hauptausschusses am 19.02.2008 seien die TOP „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Verlagerung der Ausländerbehörde (Vorlage 106/2008)“, „Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach (Vorlage 78/2008)“ und „Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Novellierung der Zuständigkeitsordnung in Bezug auf den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr (Vorlage 94/2008)“ vertagt worden. Außerdem habe sich der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.10.2007 zum Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ (Vorlage 118/2008) erledigt, da der Jugendhilfeausschuss die Resolution bereits beschlossen habe.

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet darum, den letztgenannten Antrag nicht von der Tagesordnung abzusetzen, da die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch einige Anmerkungen zu dem Thema formulieren wolle.

Herr Orth schlägt daraufhin unter Verweis auf seine vorangegangenen Ausführungen vor, die TOP A 13, A 18 und A 24.1 von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen.

Auch mit diesen Vorschlägen zeigen sich die Ratsmitglieder einvernehmlich einverstanden.

<-@
2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

@-> Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 18.12.2007 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

<-@
3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 18.12.2007 - öffentlicher Teil -**

@-> Herr Orth verliest die folgende Aktualisierung des Berichtes über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 18.12.2007 - öffentlicher Teil:

Zu TOP 17

Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW

634/2007

Der Sozialausschuss hat die Mitteilungsvorlage 26/2008 in der Sitzung am 13.02.2008 zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 36.2

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.11.2007, die Verwaltung zu beauftragen, bei der nächsten europaweiten Ausschreibung für die Versorgung mit elektrischem Strom die Leistungsbeschreibung zu 100% für Ökostrom aus erneuerbaren Energien zu formulieren

695/2007

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr hat in seiner Sitzung am 14.02.2008 auf eine Beschlussfassung über den Antrag verzichtet und der Verwaltung einen Prüfauftrag bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 10.04.2008 erteilt (vergleiche Vorlage 93/2008).

Zu TOP 36.3

Antrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2007 zu einem Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach zur Kampagne SolarLokal

696/2007

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr hat in seiner Sitzung am 14.02.2008 den Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach zu der Initiative SolarLokal beschlossen (vergleiche Vorlage 80/2008).

Zu TOP 36.4

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.11.2007 zur Zuordnung der Stadt Bergisch Gladbach zum Ballungsraum Köln in Bezug auf die Luftschadstoffbelastung und -messung

701/2007

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr hat in seiner Sitzung am 14.02.2008 auf eine Beschlussfassung über den Antrag verzichtet (vergleiche Vorlage 50/2008).

Zu TOP 36.5

Antrag der FDP-Fraktion vom 26.11.2007 zur Überprüfung der Personalstruktur in der Musikschule

700/2007

Da die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 26.02.2008 ausgefallen ist, wird der Antrag TOP der nächsten Sitzung des Ausschusses am 08.04.2008 sein.

Zu TOP 36.6

Antrag der CDU-Fraktion vom 03.12.2007 zur Änderung des Ortsrechts auf Grund der Novellierung der Gemeindeordnung

686/2007

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 19.02.2008 einvernehmlich auf eine Beratung des Antrages verzichtet, da die Verwaltung derzeit die weiteren notwendigen Änderungen des Ortsrechts auf Grund der Novellierung der Gemeindeordnung für eine Beratung und Beschlussfassung in den zuständigen politischen Gremien vorbereitet.

Zu TOP 36.7

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.12.2007 zur Änderung des § 14 Zuständigkeitsordnung

705/2007

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 19.02.2008 die Beratungen über den Antrag vertagt.

Der Rat nimmt den schriftliche Bericht und die vorgetragene Aktualisierung zur Kenntnis.

<-@

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Mitteilung zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Orth berichtet, der Wachleiter der Polizeiwache Bergisch Gladbach, Herr Klaus Briese, sei zum 01.02.2008 in den Ruhestand gegangen. Der Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises habe nun Herrn Polizeihauptkommissar Norbert Knappe zum beratenden Mitglied im Jugendhilfeausschuss der Stadt Bergisch Gladbach bestellt. Persönliche Vertreterin sei Frau Kriminalkommissarin Stephanie Ruhnow.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

<-@

5. Bau der Rettungswache Bergisch Gladbach-West

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

- 1. Die Rettungswache Bergisch Gladbach-West wird in Verbindung mit dem Feuerwehrgerätehaus Refrath auf einer Teilfläche des Marktplatzes Refrath (Steinbreche) errichtet.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die konkrete Planung vorzunehmen und einen Finanzierungsplan zu erstellen.**

6. Entlastung des Hauptausschusses für den Jahresabschluss 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Städtische Feuerwehr“

@-> Herr Orth antwortet auf Fragen von Herrn Lang, die Rechtsgrundlage für die Notwendigkeit des Beschlusses sei eine Änderung der Eigenbetriebsverordnung NRW (§ 4 Buchstabe c). Die Mitglieder des Hauptausschusses dürften sich an der Beratung und Beschlussfassung beteiligen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach entlastet den Hauptausschuss in der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnli-

chen Einrichtung „Städtische Feuerwehr“ für das Jahr 2006.

7. **II. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach sowie den Ersatz von Verdienstaufschlag und Entgeltordnung über die Erhebung privatrechtlicher Entgelte für die Gestellung von Brandsicherheitswachen und sonstige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

Die II. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach sowie den Ersatz von Verdienstaufschlag und Entgeltordnung über die Erhebung privatrechtlicher Entgelte für die Gestellung von Brandsicherheitswachen und sonstige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach wird in der als Anlage zur Vorlage beigefügten Fassung beschlossen.

8. **Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“**

@-> Herr Ziffus erläutert, das Abwasserwerk habe im Lagebericht ausdrücklich davor gewarnt, die bisher praktizierte Gewinnentnahme weiter fortzuführen, da in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen anfallen würden. Die Verzinsung des Eigenkapitals und die Abschreibung auf Wiederbeschaffungszeitwerte würden die Möglichkeit schaffen, die Investitionen der nächsten Jahre ohne große Gebührenanhebungen zu finanzieren. Bei einer fortwährenden Gewinnentnahme bestehe das Risiko, dass dies nicht gelingen könne.

Herr Muth entgegnet, es sei für die Gebührenhöhe nicht relevant, ob eine Refinanzierung über Fremd- oder Eigenkapital erfolge. Das Kommunalabgabengesetz NRW sehe vor, dass alle Kosten umlagefähig seien. Auch bei einem zu 100% aus Eigenkapital finanzierten Abwasserwerk würde die Kostenkomponente „kalkulatorische Verzinsung“ die gleiche Höhe haben wie heute. Ein Gebührenrisiko entstehe nicht allein deshalb, weil Rückflusskapital nicht zurückgeführt würde.

Herr Lang verliest einen Fragenkatalog der BfBB-Fraktion, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Der Rat dürfe keinen Beschluss fassen, bevor der Bürgermeister die Fragen der BfBB-Fraktion beantwortet habe.

Herr Orth entgegnet, die Ausführungen von Herrn Lang seien ein Beispiel für die übliche Vorgehensweise der BfBB-Fraktion, den Rat in seiner Sitzung mit Fragenkatalogen zu überfallen und damit von seiner Entscheidungsfindung abzuhalten. Die Verwaltung werde sich natürlich bemühen, alle Fragen zu beantworten. Ergänzend erläutert Herr Orth, es sei Funktion der Ratsausschüsse, zur Sachaufklärung und Information der Ratsmitglieder beizutragen. Der Rat sei grundsätzlich Entscheidungsgremium.

Auch Herr Kleine kritisiert das Vorgehen der BfBB-Fraktion. Es gehe um die Feststellung des Jahresabschlusses 2006, welcher unabhängig geprüft worden sei. Er halte

es für eigenartig, zu einer derartigen Routineentscheidung tief greifende Fragen zu stellen, deren Behandlung zudem in den Aufgabenbereich des Fachausschusses falle.

Herr Dr. Fischer äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag. Er weise jedoch ausdrücklich darauf hin, dass damit keine Zustimmung zu der allgemeinen Situation des Abwasserwerkes verbunden sei. Die FDP-Fraktion kritisiere bereits seit Jahren die aus ihrer Sicht überhöhten Gebühren. Dies bestätige auch die Bewertung der Zeitschrift „Öko-Test“. Er gehe davon aus, dass diese Fragen ausführlich bei der Informationsveranstaltung am 13.03.2008 erörtert würden.

Herr Muth entgegnet, die Rechtmäßigkeit von Gebührenbescheiden der Stadt Bergisch Gladbach und damit auch die Höhe der Gebühren seien mehrfach verwaltungsgerichtlich bestätigt worden.

Herr Nagelschmidt ergänzt, journalistische Rankings sollten insbesondere vor dem Hintergrund der Auswahl der Bewertungskriterien kritisch beurteilt werden.

Dies wird von Herrn Schmickler bestätigt. So sei zum Beispiel die Erfüllung einer Empfehlung des Bundes der Steuerzahler, es solle den Einwohnern die Möglichkeit gegeben werden, Abfallvolumina zu reduzieren - was in Bergisch Gladbach schon lange praktiziert werde - nicht in die Bewertungen eingeflossen. Andere Bewertungskriterien seien von Seiten der Stadt Bergisch Gladbach nicht beeinflussbar. Die Ergebnisse umfangreicher Organisationsuntersuchungen seien unter Beteiligung des zuständigen Fachausschusses inzwischen umgesetzt und Abfallbeseitigungsgebühren seit langem relativ konstant gehalten worden, obwohl verschiedene Umstände eingetreten seien, die zu Kostensteigerungen geführt hätten. Aktuell liefen mehrere Untersuchungsaufträge und Vergleiche zur Erkennung möglicher struktureller Probleme und zur Kostensenkung.

Herr Dr. Fischer entgegnet, die Fehleranfälligkeit journalistischer Rankings sei ihm sehr wohl bewusst. Das deutliche Bewertungsergebnis könne dennoch als Indiz gewertet werden. Die schlechte Bewertung sei vornehmlich auf die hohen Frischwassergebühren und auf die hohen Abführungen des Abwasserwerkes an den städtischen Haushalt zurückzuführen.

Herr Lang fragt die Ratsmitglieder, ob es sie nicht interessiere, ob die Verwaltung möglicherweise entgegen der Vorgaben des Rates „Swap-Geschäfte“ abgeschlossen und sich dabei verspekuliert haben könnte.

Herr Mumdey antwortet auf den Fragenkatalog der BfBB-Fraktion, es sei unmöglich, alle Fragen aus dem Stand zu beantworten. Die Stadt habe bekanntlich Kredite in Höhe von insgesamt mehr als 300 Mio. EUR aufgenommen. Niemand könne ohne Vorbereitung sagen, wer alle Kreditverträge unterschrieben habe und wie diese im Detail ausgestaltet seien. Die Fragen der BfBB-Fraktion seien zwar legitim, jedoch die Behauptung, erst nach einer Beantwortung über den Beschlussvorschlag abstimmen zu können, falsch. Die Fragen könnten, falls gewünscht, kurzfristig schriftlich beantwortet werden.

Es sei entgegen der Behauptung von Herrn Lang zu keiner Zeit im Rat beschlossen worden, dass Zinssicherungsgeschäfte nicht zulässig seien. Risiken wie z.B. in Remscheid oder Hagen seien für die Stadt Bergisch Gladbach völlig ausgeschlossen. Die Verwaltung sei keine „Zockerbude“ und gehe deshalb keine Zinswettgeschäfte ein.

Natürlich versuche auch die Verwaltung, die Zinsentwicklung so sorgfältig wie möglich zu prognostizieren und Verträge entsprechend zu gestalten. Die Verwaltung habe lediglich ein einziges Geschäft abgeschlossen, das bei Abschluss mit einem geringen Risiko verbunden war: Ein Kredit sei nicht in Euro, sondern in Schweizer Franken aufgenommen worden und die Stadt habe damit ca. 1 Million EUR erwirtschaftet.

Herr Muth antwortet auf die Fragen des ersten Fragenkomplexes der BfBB-Fraktion wie folgt:

1. „Ja, es sind einige Verträge abgeschlossen worden.“
2. „Ja.“
3. „Nach der Unterschriftenordnung unterzeichnen in der Regel der Kämmerer oder der Leiter des Fachbereichs 2 bzw. beide zusammen oder ihre Vertreter.“
4. „Weil es Geschäfte der laufenden Verwaltung sind.“

Es gebe keinen Ratsbeschluss, dass „Doppel-Swap-Geschäfte“ nicht zulässig seien. Herr Lang verwechsle dies mutmaßlich mit den Diskussionen über die Derivate-Richtlinie im Finanz- und Liegenschaftsausschuss.

Herr Schütz kündigt an, die Fraktion KIDinitiative werde sich bei der Beschlussfassung enthalten, da sie eine Grundsteuererhöhung für sozialverträglicher halte als hohe Abwassergebühren; insbesondere im Hinblick auf Familien.

Herr Orth entgegnet, er persönlich halte die Konstruktion der Grundsteuer für unsozial.

Herr Waldschmidt äußert, es sei sehr schwierig, mit der BfBB-Fraktion zusammenzuarbeiten. Die BfBB-Fraktion hätte die Fragen in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 14.02.2008 stellen können. Stattdessen stelle Herr Lang die Fragen in der heutigen Ratssitzung; wohl wissend, dass die Verwaltung die speziellen Fragen nicht aus dem Stand beantworten könne. Es gehe der BfBB-Fraktion im Grund nicht um Aufklärung oder die Sache selbst, sondern darum, Sand ins Getriebe zu streuen und sich gegenüber der Wählerschaft als „einzig redliche“ Ratsfraktion darzustellen. Dies halte er selbst jedoch für unredlich gegenüber allen anderen Mitgliedern des Rates.

Herr Nagelschmidt führt aus, die Verwaltung solle zur nächsten Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses ein Konzept vorlegen, wie mit der Derivate-Richtlinie verfahren werden könne.

Herr Orth antwortet, dass dies aus Sicht der Verwaltung kein Problem sei.

Herr Lang sieht die BfBB-Fraktion in der Pflicht, unangenehme Fragen zu stellen, wenn eine große Fraktion, welche bis zur letzten Kommunalwahl immer die größte Fraktion wegen aus ihrer Sicht falscher politischer Entscheidungen angegriffen habe, heute dasselbe mitmache. Die derzeitige „bequeme Politik“ sei zwar einfach, aber deshalb noch lange nicht richtig und im Sinne der Bevölkerung. Die BfBB-Fraktion werde sich weiterhin bemühen, nicht bequem zu sein, da sie dies für dringend nötig halte. Dies habe aus seiner Sicht auch dazu geführt, dass andere Fraktionen den Bürgermeister kritisch hinterfragen.

Herr Orth ruft Herrn Lang während seines Wortbeitrages zwei Mal zur Sache und widerspricht ausdrücklich einem von Herrn Lang geäußerten Verdacht („es sei vorher etwas gelaufen, das die Stadt geschädigt hat und dieser Sache werde die BfBB-Fraktion nachgehen“), worauf Herr Lang entgegnet, es stehe dem Bürgermeister nicht das Recht zu, ihn fortwährend zu unterbrechen, was sich dieser jedoch schon fast zur Methode gemacht habe.

Herr Mömkes weist die Bemerkung von Herrn Lang, die Politik der CDU sei gegen die Bürger gerichtet, aufs schärfste zurück.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion KIDinitiative und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> **Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW**

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2006 in
Aktiva und Passiva mit **189.117.032,32 EUR**

Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresüberschuss von **5.907.865,45 EUR**
fest.
2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2006 fest.
3. Der Jahresüberschuss 2006 wird
 - a) in Höhe von 2.001.077,00 EUR gemäß § 10 Abs. 3 EigVO dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke zugeführt
 - b) in Höhe von 3.906.788,45 EUR an den städtischen Haushalt abgeführt.

<-@

9. **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“**

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> **Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr.**

<-@

10. **Wirtschaftsplanreste-Liste 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“**

@-> Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion und der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

<-@
@-> **Die Bildung der in der Anlage zur Vorlage aufgeführten Wirtschaftsplanreste wird beschlossen.**

<-@
11. Entgelterhöhung an der Musikschule ab April 2008

@-> Herr Schütz äußert die Ablehnung des Beschlussvorschlages durch die Fraktion KIDitiative. Er beantrage eine Vertagung der Beschlussfassung, damit der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport, der in seiner nächsten Sitzung über die Sportstättenbenutzungsentgelte beraten werde, in diesem Zusammenhang auch die Musikschulentgelte diskutieren könne. Die Fraktion KIDitiative halte es nicht für vertretbar, die Benutzung von Sportstätten kostenlos zu gestalten und gleichzeitig höhere Musikschulentgelte einzufordern.

Herr Orth entgegnet, eine unentgeltliche Sportstättenbenutzung bedeute nicht, dass die Mitglieder von Sportvereinen umsonst Sport treiben können.

Herr Dr. Miede erläutert, eine erneute Beratung im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport sei aus seiner Sicht nicht sinnvoll, da dieser bereits einen einstimmigen Beschluss gefasst habe.

Für den Antrag auf Vertagung stimmt die Fraktion KIDitiative. Mit Gegenstimmen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion wird der Antrag bei Enthaltung der übrigen Fraktionen mehrheitlich abgelehnt.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion KIDitiative bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@
@-> **Die Erhöhung der Entgelte der Musikschule zum 01.04.2008 wird beschlossen.**

<-@
12. Einwohnerfragestunde

@-> Herr Orth verliest und beantwortet folgende Fragen von Herrn Hoffmann zum ehemaligen Bürgerbüro in Refrath, Dolmannstraße 22:

1. Wann hat die Stadt Bergisch Gladbach das Gebäude Dolmannstraße 22 übernommen?
2. Welchen Geldbetrag muss die Stadt Bergisch Gladbach jährlich im Rahmen ihrer vertraglichen Verpflichtungen an den Bauunternehmer bezahlen?
3. Weshalb wird das Gebäude nicht abgerissen, um Parkplätze zu schaffen?

Antwort des Bürgermeisters zu 1.:

„Mit Vertrag vom 03.07.1996 (Mietbeginn ab Übergabe des Objektes (am 26.06.1997)) mietete die Stadt Bergisch Gladbach das oben genannte Gebäude an. Der Vertrag wurde auf zehn Jahre mit verschiedenen Optionsmöglichkeiten abge-

geschlossen. Durch fristgerechte Kündigung der Stadt endete der Vertrag am 26.06.2007.“

Antwort des Bürgermeisters zu 2.:

„Mit Beendigung des Vertrages am 26.06.2007 erfolgen keine weiteren Zahlungen der Stadt an den Vermieter.“

Antwort des Bürgermeisters zu 3.:

„Da sich das Objekt in Privateigentum befindet, ist es der Entscheidung des Eigentümers vorbehalten, das Gebäude abzureißen.“

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

<-@
13. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Verlagerung der Ausländerbehörde

@-> Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt (vergleiche TOP A 1).

<-@
14. Kinder- und Jugendförderplan 2. Lesung

@-> Herr Gerhards äußert die Enthaltung der FDP-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag. Die FDP-Fraktion könne insbesondere den Kürzungen im Bereich der Offenen Jugendarbeit nicht nachträglich zustimmen.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion und der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

<-@
@-> **Der Kinder- und Jugendförderplan für die Jahre 2007 bis 2009 wird in der von der Verwaltung am 20. November vorgelegten Fassung beschlossen.**

<-@
15. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 29.10.2007 zum Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“

@-> Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, es sei derzeit Gegenstand politischer Gedanken-spiele, ein verpflichtendes Kindergarten- bzw. Kindertagesstätten-Jahr einzurichten. Es sei daher konsequent, sich auch in diesem Bereich auf eine „Über-Mittag-Betreuung“ von Kindern und eine entsprechend Ausdehnung der Förderung einzustellen.

Herr Dr. Baeumle-Courth beantragt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Verwaltung möge zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Darstellung der prognostizierten Kosten, die eine Förderung z.B. der Kinder im letzten Kindergartenjahr mit einem ähnlichen Förderprogramm verursachen würde, erarbeiten. Dabei sollte eine Gesamtkostendarstellung und eine Darstellung für den Fall einer Aufteilung der Kosten zwischen Land, Stadt und Eltern erarbeitet werden.

Das Land Schleswig-Holstein habe bereits ein solches Landes-Förderprogramm für die Kindertagesstätten beschlossen. Auch die nordrhein-westfälischen Städte Köln und Dormagen hätten seines Wissens entsprechende Förderprogramme eingerichtet.

Herr Orth ergänzt, es bestehe wohl Einvernehmen darüber, dass es sinnvoll sei, eine

entsprechende Kostendarstellung zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorzubereiten.

Er selbst vertrete ohnehin den Standpunkt, dass es optimal wäre, wenn sämtliche Betreuungskosten sowohl für schulpflichtige Kinder in Offenen Ganztagschulen als auch für Kinder im Vorschulalter in Kindertagesstätten staatlich finanziert und damit beitragsfrei gestaltet würden.

Der Rat verzichtet einvernehmlich auf eine Beschlussfassung, da der Jugendhilfeausschuss die beantragte Resolution bereits beschlossen hat.

<-@

16. **Erweiterung der Richtlinien zur Förderung der Freizeit- und Erholungsmaßnahmen**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Die „Richtlinien zur Förderung der Freizeit- und Erholungsmaßnahmen“ werden entsprechend dem in der Anlage 1 zur Vorlage dargelegten Vorschlag der Verwaltung geändert.

Die geänderten Richtlinien treten rückwirkend zum 01.01.2008 in Kraft.

<-@

17. **Unterkünfte-Konzept 2008 ff**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Der Rat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die vorgeschlagenen Maßnahmen für die notwendige Bereithaltung von Unterkünften für die durch die Stadt unterzubringenden Personengruppen umzusetzen.

<-@

18. **Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach**

@-> Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt (vergleiche TOP A 1).

<-@

19. **Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen**

@-> Herr Schütz spricht sich gegen den Beschlussvorschlag aus. Verkaufsoffene Sonntage würden zu einer zunehmenden gesellschaftlichen Aufweichung des Sonntages als Tag der seelischen Erhebung führen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen zwei Stimmen aus den Reihen der Fraktion KIDitive folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.

<-@

**20. Bebauungsplan Nr. 3342 - Lohhecke -
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung**

@-> Herr Nagelschmidt begibt sich in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales, da er befangen ist.

Frau Graner äußert die Ablehnung des Beschlussvorschlages durch die FDP-Fraktion. Den Bürgern, die lediglich ihre Gärten hätten behalten und kein Bauland hätten erhalten wollen, sei aus Sicht der FDP-Fraktion „ganz übel mitgespielt“ worden. Dennoch werde die FDP-Fraktion demokratische Entscheidungen akzeptieren.

Herr Dr. Baeumle-Courth bekräftigt diese Ausführungen. Er hoffe, dass alle Ratsmitglieder die Schreiben der beiden widersprechenden betroffenen Familien erhalten und gelesen hätten. Die Verwaltung führe an, es entstehe hochwertiges Bauland. Wenn jemand seinen Garten jedoch nicht bebauen wolle, laufe dieses Argument ins Leere. Wenn jedoch in Einzelfällen unbebautes Land „halbiert“ werde, und auf einer hälftigen Fläche formal Bauland entstehe, die vereinbarte Grundflächenzahl jedoch dort eine Bebauung faktisch nicht mehr zulasse, dann sei dies ein „absurdes Theater“. Er halte es zudem für rechtlich äußerst bedenklich, dass die Stadt Baumaßnahmen zu einem Zeitpunkt fortgeführt habe, zu dem der Bebauungsplan nicht rechtskräftig gewesen, sondern vom Oberverwaltungsgericht für unwirksam erklärt worden sei. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde den Beschlussvorschlag ebenfalls ablehnen.

Herr Lang erläutert, dass es möglich sei, zwischen Baugebiet und Erschließungsgebiet zu unterscheiden. Er beantrage daher - und diese Möglichkeit sei ihm von der Verwaltung bestätigt worden -, die beiden strittigen Grundstücke aus dem Erschließungsgebiet herauszunehmen und mit den Anliegern zu vereinbaren, dass diese einen „Neidstreifen“ an die Stadt verkaufen, der - falls die Anlieger doch einmal bauen möchten - dann von diesen bei gleichzeitiger Erstattung der Erschließungslast zurückgekauft werden könne. Der Bebauungsplan müsste dazu nicht geändert werden. Er halte es jedenfalls nicht für gerecht, dass einige Beteiligte offensichtlich viel Bauland für wenig „Gartenland“ erhalten hätten, während dieses Verhältnis bei anderen Beteiligten umgekehrt worden sei.

Er beantrage zudem die geheime Abstimmung über die Beschlussvorschläge.

Herr Mömkes entgegnet, es sei wie üblich Ziel von Herrn Dr. Baeumle-Courth und Herrn Lang, zunächst die Ratsmitglieder, die nicht bis ins Detail mit der Materie vertraut seien, durch ihre ausführlichen Reden in ihrem Sinne zu beeinflussen und schließlich durch die Beantragung einer geheimen Abstimmung Zufallsmehrheiten zu erwirken. Damit würde die jahrelange und intensive Arbeit der beteiligten Gremien zerstört.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass die Eingriffe in Eigentumsrechte durch die Sozialbindung des Eigentums abgedeckt seien. Dies habe auch die gerichtliche Überprüfung des Bebauungsplanes indirekt bestätigt. Die Umlegung gleiche Vor- und Nachteile aus dem Bebauungsplan auch hinsichtlich der eingeworfenen Grundstücksflächen aus. Das bedeute, wer große Flächen einbringe, habe im Umlegungsverfahren daraus selbstverständlich einen Vorteil gegenüber demjenigen, der eine kleine Fläche einbringe. Das Umlegungsverfahren sei seit Jahrzehnten bewährt und rechtlich ein-

wandfrei, so dass nun keine Zweifel an der Genauigkeit des Interessens- und Vorteilsausgleiches gesät werden sollten. Sowohl die Ausgleichszahlungen aus dem Umlegungsverfahren, als auch Zahlungen für Erschließungsbeiträge seien bei Erfüllung der Voraussetzungen grundsätzlich stundbar. Unter Bezugnahme auf den Antrag von Herrn Lang erläutert Herr Schmickler, dass die Verwaltung den Vorschlag „Neidstreifen“ (Antrag von Herrn Lang) nicht als „denkbar“ bezeichnet habe. Es sei lediglich zugesagt worden, dass die Verwaltung diese Möglichkeit prüfen werde. Er rate nach Prüfung des Vorschlages jedoch dringend von einer solchen Vorgehensweise ab, da sie rechtlich zu einem späteren Zeitpunkt - nach einem möglichen Eigentümerwechsel - nicht haltbar sei.

Herr Dr. Baeumle-Courth entgegnet, er habe mit Herrn Lang keine strategischen Absprachen getroffen. Mit einer geheimen Abstimmung sollten zudem keine „Zufallsmehrheiten“, sondern Gewissenentscheidungen erreicht werden. Das Ratsmandat sei kein imperatives Mandat. Zudem hoffe er, dass sich in Zukunft alle Ratsmitglieder bei derartig wichtigen Entscheidungen sachkundig machen würden; insbesondere dann, wenn der Rat einzelnen Menschen deutliche Opfer abverlange. Er wolle dem Hinweis von Herrn Schmickler auf die Sozialbindung des Eigentums nicht widersprechen; es gebe seines Erachtens jedoch Kompromissmöglichkeiten, die einen geringeren Eingriff bedeuten würden.

Herr Mömkes geht davon aus, dass sich jedes Ratsmitglied vor einer Entscheidung sachkundig mache. Die Fülle der Entscheidungen in Fachausschüssen, Arbeitsgruppen, Fraktionssitzungen etc. mache es jedoch nur schwer möglich, dass jedes Ratsmitglied bei jeder Abstimmung über alle Details der Beratungen in den Fachgremien informiert sein könne. Die Ratsmitglieder seien häufig auf eine Informationsbeschaffung bei anderen Ratsmitgliedern über die Beratungen in den einzelnen Fachgremien angewiesen. Das Vorgehen von Herrn Dr. Baeumle-Courth und Herrn Lang sei aus seiner Sicht ein „taktisches Spielchen“.

Herr Lang weist diese Aussage zurück. Es sei unstrittig, dass eine geheime Abstimmung am ehesten eine freie Gewissenentscheidung jedes Ratsmitgliedes gewährleisten würde. Auch wenn Herr Schmickler den Beschluss seines Antrages nicht empfehle, so bedeute dies dennoch, dass der Rat diese Möglichkeit habe.

Herr Schütz spricht sich für die Fraktion KIDinitiative ebenfalls für eine geheime Abstimmung über die Beschlussvorschläge aus. Die Beantragung einer geheimen Abstimmung sei ein probates Mittel und dürfe niemandem zum Vorwurf gemacht werden.

Herr Schwamborn erklärt, der Bebauungsplan werde bereits „seit 16 Jahren auf Teufel komm´ raus durch die Instanzen gepaukt“, verfolge die Interessen von lediglich ein oder zwei Bauwilligen und zwänge dies den übrigen Anliegern gegen ihren Willen auf. Aus seiner Sicht „stinke dies ganz gewaltig zum Himmel“.

Herr Orth schlägt vor, zunächst geheim und einzeln über die Beschlussempfehlungen des Planungsausschusses und danach geheim über den Antrag von Herrn Lang abzustimmen.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler schlägt die CDU-Fraktion Frau Schu, die SPD-Fraktion Herr Dr. Arndt und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau

Scheerer vor.

Der Rat zeigt sich mit diesen Vorschlägen einvernehmlich einverstanden.

Herr Orth lässt daraufhin zunächst über Ziffer I. der Beschlussempfehlung des Planungsausschusses geheim abstimmen.

Während der Stimmauszählung erklärt Frau Alef, sie habe ihre Stimme noch nicht abgegeben. Herr Orth erklärt die Abstimmung daraufhin für ungültig, da er die Beendigung der geheimen Abstimmung zu Ziffer I. der Beschlussempfehlung des Planungsausschusses nicht ausdrücklich bekannt gegeben habe und deshalb Zweifel an der Gültigkeit der Abstimmung bestehen könnten.

Herr Orth lässt daraufhin erneut über Ziffer I. der Beschlussempfehlung des Planungsausschusses geheim abstimmen.

Es werden 61 Stimmzetteln abgegeben. Alle abgegebenen Stimmzettel sind auch gültig. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Der Rat fasst in geheimer Abstimmung mehrheitlich mit 36 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 3342 - Lohhecke - gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eingereichten Anregungen von

- B 1 Jacob und Andrea Bertram wird nicht entsprochen,**
- B 2 Helga Beilke wird nicht entsprochen,**
- B 3 Werner Beilke wird nicht entsprochen,**
- B 4 Eheleute Beilke wird nicht entsprochen,**
- T 1 Rhein.-Berg. Kreis Der Landrat wird teilweise entsprochen,**
- T 2 Rheinisches Amt für Bodendenkmalpflege wird entsprochen.**

Herr Orth lässt daraufhin über Ziffer II. der Beschlussempfehlung des Planungsausschusses geheim abstimmen.

Es werden 61 Stimmzetteln abgegeben. Alle abgegebenen Stimmzettel sind auch gültig. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Der Rat fasst in geheimer Abstimmung mehrheitlich mit 37 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NW den Bebauungsplan Nr. 3342 - Lohhecke - als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag von Herrn Lang geheim abstimmen.

Es werden 61 Stimmzetteln abgegeben. Alle abgegebenen Stimmzettel sind auch gültig. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag stimmen 12 Ratsmitglieder. Mit 42 Gegenstimmen wird der Antrag bei 7 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Nagelschmidt kehrt an seinen Platz zurück.

21. **<-@**
Abschließende Beratung und Entscheidung zum Antrag der CDU-Fraktion vom 31.08.2007:
1. die städtischen Schulgelände vor unbefugter Nutzung zu schützen
2. den Schutz der Anwohner vor Lärmbelästigung außerhalb der Schulzeiten in geeigneter Form sicherzustellen.

@-> Herr Lang moniert, die Beschlussempfehlung sei falsch formuliert. Es sei nicht möglich, „eine Einzäunung zu prüfen und wenn möglich umzusetzen“. Die „Umsetzung“ eines Zaunes setze voraus, dass bereits ein Zaun vorhanden sei. Die Verwaltung könne prüfen, ob eine Einzäunung nötig ist und einen Zaun errichten. Er lege Wert auf eine Beschlussfassung, die nicht unsinnig sei und die der Bürgermeister auch verstehen könne.

Herr Orth versichert Herrn Lang, dass er den Beschlussvorschlag inhaltlich richtig verstehe.

Herr Gerhards äußert die Ablehnung des Antrages durch die FDP-Fraktion. Die FDP-Fraktion vertrete nicht die Auffassung, dass eine Einzäunung Vandalismus-Probleme lösen könne. Stattdessen würden diese verlagert. Bereits im Jugendhilfeausschuss habe er deutlich gemacht, dass der Problematik durch Offene Jugendarbeit bzw. einen „Streetworker“ begegnet werden müsse. Es sei dringend geboten, Ursachen und nicht Symptome zu bekämpfen.

Herr Rosen berichtet, er habe bei einem Zaungroßhändler angefragt, welche Kosten die Errichtung eines Zaunes inklusive Toren und inklusive Montage für ein Schulgelände der Stadt Bergisch Gladbach von durchschnittlicher Größe verursachen würde, nämlich ca. 52.000,- EUR. Zudem könne ein Zaun von Jugendlichen leicht überwunden werden. Auch Herr Rosen spricht sich für eine verstärkte soziale Kontrolle der Jugendlichen mittels eines „Streetworkers“ aus.

Herr Dr. Mieke entgegnet, das Problem der Beschädigung und Verschmutzung städtischer Einrichtungen müsse kurzfristig behoben werden. Ein Zaun sei dabei nicht unbedingt „der Weisheit letzter Schluss“, aber dennoch notwendig, um im Einzelfall auch die Sicherheit aller Betroffenen zu gewährleisten. Die Stadt Köln habe mit der Einzäunung von betroffenen Schulgeländen positive Erfahrungen gemacht.

Auch Frau Beisenherz-Galas spricht sich für den Beschlussvorschlag aus. Im Gegensatz zu Herrn Lang halte sie die Formulierung des Beschlussvorschlages für absolut eindeutig.

Herr Schütz beantragt, die Verwaltung solle vor der Errichtung eines Zaunes den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport per Mitteilungsvorlage informieren und das Vorhaben mit der Schulkonferenz der betrof-

fenen Schule abstimmen.

Herr Schmickler entgegnet, die Verwaltung stimme selbstverständlich alle Baumaßnahmen mit der jeweiligen Schulleitung ab. Die Schulleitung müsse dann jedoch selbst entscheiden, wie sie die Schulgremien - auf Wunsch der Schulleitung auch unter Beteiligung der Bauverwaltung - informiere.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion KIDinitiative und der BfBB-Fraktion bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei gravierenden Problemen an Schulgrundstücken eine Einzäunung zu prüfen und wenn möglich umzusetzen.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag von Herrn Schütz abstimmen:

Für den Antrag stimmen die FDP-Fraktion, die Fraktion KIDinitiative und einige Ratsmitglieder aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Mit den Gegenstimmen von CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und BfBB-Fraktion wird der Antrag bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

<-@

22. **Besetzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen auf Kreisebene**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> **Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, dass den Sitz im Beirat für Menschen mit Behinderung auf Kreisebene für die Stadt Bergisch Gladbach der jeweilige Vorsitzende des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen und im Falle seiner Verhinderung dessen Stellvertreter/in im Amt wahrnimmt.**

<-@

23. **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**

23.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.01.2008 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen**

@-> Der Rat nimmt den Antrag einstimmig an.

<-@

23.2 **Antrag der FDP-Fraktion vom 12.02.2008 zur Umbesetzung in verschiedenen**

Ratsausschüssen

@-> Der Rat nimmt den Antrag einschließlich der Ergänzung (Tischvorlage) einstimmig an.

<-@
23.3 Antrag der CDU-Fraktion (Eingang 20.02.2008) zur Ergänzung der Stellvertreterliste in verschiedenen Ratsausschüssen

@-> Der Rat nimmt den Antrag in der Fassung der Tischvorlage einstimmig an.

<-@
23.4 Vorschlag zur Bestellung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern in Ausschüsse

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Folgende Mitglieder des Integrationsbeirates werden als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ausschüsse bestellt:

- in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Frau Sevda Yilmaz (Mitglied) und Herr Klaus Farber (stv. Mitglied)
- in den Planungsausschuss
Herr Kemal Yildiz (Mitglied) und Herr Werner Jansen (stv. Mitglied)

Herr Karim Tollih ist wegen Wohnsitzwechsels aus dem Integrationsbeirat ausgeschieden, er wird als sachkundiger Einwohner im Jugendhilfeausschuss und im Planungsausschuss abberufen.

Frau Malgorzata Szurlej-Gielen scheidet aus persönlichen Gründen als sachkundige Einwohnerin aus, sie wird aus dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport abberufen.

<-@
24. Anträge der Fraktionen

24.1 Novellierung der Zuständigkeitsordnung im Bezug auf den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr (AUIV);
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 04.12.2007

@-> Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt (vergleiche TOP A 1).

<-@
24.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 19.11.2007, das vom Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschlossene Abwasserkonzept dem Rat vorzustellen

@-> Herr Orth schlägt unter Verweis auf die Vorlage vor, am 13.03.2008 eine Informationsveranstaltung zu der Thematik durchzuführen. Er bitte die Ratsmitglieder, möglichst alle offenen Fragen vorher dem Abwasserwerk mitzuteilen, damit diese in der Veranstaltung beantwortet werden können.

Herr Dr. Fischer wirbt dafür, dass möglichst viele Ratsmitglieder an der Veranstaltung teilnehmen sollten.

Vor diesem Hintergrund verzichtet der Rat einvernehmlich auf eine Beschlussfassung.

<-@
24.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten

@-> Der Rat verweist den Antrag einvernehmlich an den zuständigen Hauptausschuss.

<-@
24.4.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 08.01.2008 zu den Nutzungsentgelten für Sportstätten der Stadt Bergisch Gladbach
und

24.4.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.02.2008 zur Abschaffung der Sportstättenbenutzungsentgelte

@-> Herr Lang äußert die Zustimmung der BfBB-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion und beantragt, der Rat möge über den Antrag wegen Eilbedürftigkeit in der heutigen Sitzung entscheiden.

Herr Orth entgegnet, er könne keine Dringlichkeit erkennen.

Herr Ziffus spricht sich gegen den Antrag von Herrn Lang aus. Es handele sich um einen haushaltswirksamen Beschluss, der vor einer Entscheidung des Rates auch im Finanz- und Liegenschaftsausschuss beraten werden müsse.

Herr Lang zieht seinen Antrag zurück.

Der Rat verweist den Antrag der SPD-Fraktion und den Antrag der CDU-Fraktion (Tischvorlage) einvernehmlich an den zuständigen Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport.

<-@
24.5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.02.2008 zur Verlängerung der Nachflugerlaubnis am Köln-Bonner Flughafen
und

24.5.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 18.02.2008, der Rat möge den Bürgermeister beauftragen, zu prüfen, ob die Stadt Bergisch Gladbach die Klage der Stadt Siegburg gegen die Verlängerung der Nachtflugregelung am Köln/Bonner Flughafen bis 2030 unterstützt

@-> Herr Orth verweist auf die Tischvorlage und schlägt dem Rat folgende Beschlussfas-

sung vor:

Die Stadt Bergisch Gladbach unterstützt nachhaltig die von der Stadt Siegburg beim Oberverwaltungsgericht in Münster zum Aktenzeichen 20 D 7/08.AK eingereichte Klage gegen das Land Nordrhein-Westfalen wegen Verlängerung der Nachtflugregelung am Flughafen Köln/Bonn. Der Bürgermeister wird ermächtigt, sich an den durch das Gerichtsverfahren entstehenden Kosten anteilmäßig, maximal mit 5000,- EUR, zu beteiligen.

Herr Dr. Fischer erläutert, die FDP-Fraktion sei dagegen, dass ein grundsätzliches Nachtflugverbot für Frachtflugzeuge angestrebt werde. Es gehe der FDP-Fraktion vielmehr um eine Verbesserung der Bedingungen für den Nachtflug. Er frage sich, ob eine Klagebeteiligung insofern nicht zu weit gehe.

Herr Mömkes fragt, was die Formulierung „Die Stadt Bergisch Gladbach unterstützt (...) die (...) Klage (...)“ des Beschlussvorschlages genau bedeute und wie Erfolg versprechend eine derartige Unterstützung sei.

Herr Orth antwortet, dass mit „unterstützt“ eine finanzielle Beteiligung in Höhe von maximal 5.000,- EUR an den Kosten der Klage der Stadt Siegburg gemeint sei. Eine Zustimmung zum Beschlussvorschlag des Bürgermeisters sei nicht gleichzusetzen mit einem kategorischen „Nein“ zum Nachtflug am Flughafen Köln/Bonn. Die Argumente der betroffenen Kommunen - insbesondere zum Gesundheitsschutz der betroffenen Bevölkerung - seien jedoch bei der Entscheidung zur Verlängerung der Nachtflugregelung nicht berücksichtigt worden. Die Befürchtungen von Herrn Dr. Fischer seien insofern unbegründet. Die noch offenen Fragen werde Herr Widdenhöfer beantworten.

Herr Nagelschmidt erläutert seine Ansicht, die Stadt Bergisch Gladbach solle sich nicht an den Kosten der Klage der Stadt Siegburg beteiligen. Er könne in der finanziellen Unterstützung der Klage der Stadt Siegburg keinen Vorteil für die Stadt Bergisch Gladbach erkennen.

Herr Dr. Baeumle-Courth empfiehlt den Ratsmitgliedern den Beschluss des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Fluglärm habe - so werde es durch Studien bestätigt - unter anderem immense negative Auswirkungen auf die Entwicklung von Kindern: Fluglärm führe auch bei Kindern zu Stress, Entwicklungsstörungen, Bluthochdruck und schließlich zu einer schlechteren Lesekompetenz und Konzentrationsfähigkeit. Die vom Bürgermeister vorgeschlagene „nachhaltige Unterstützung“ der Klage sei zwar besser als nichts; die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bleibe jedoch bei ihrer Auffassung, die Stadt Bergisch Gladbach solle sich wie andere Kommunen der Klage anschließen. Die Einschätzung des Bürgermeisters, eine eigene Klage der Stadt Bergisch Gladbach habe wenig Aussicht auf Erfolg, weil die Lärmbetroffenheit niedriger sei als in Siegburg, teile die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht. Sofern der Rat dem Antrag jedoch nicht zustimmen wolle, werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kompromissweise auch für den Beschlussvorschlag des Bürgermeisters stimmen.

Herr Waldschmidt äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Beschlussvorschlag des Bürgermeisters. Eine eigene Klage sei nicht sinnvoll, da die Klage der Stadt Siegburg wesentlich aussichtsreicher erscheine. Der Ansicht von Herrn Nagelschmidt

könne sich die SPD-Fraktion jedoch nicht anschließen. Die Stadt Bergisch Gladbach solle für ihre betroffenen Bürger einen aktiven Beitrag leisten.

Herr Widdenhöfer erläutert, in der Klageschrift der Stadt Siegburg laute es wie folgt: „Es wird beantragt, den Bescheid des Verkehrsministers vom 07.02.2008 aufzuheben“. Klagegegenstand sei also die Aufhebung der Verlängerung der Nachtflugregelung bis 2030. Bisher liege der Verwaltung jedoch nur die Klageschrift, aber noch keine Klagebegründung vor. Die Erfolgsaussichten der Klage der Stadt Siegburg halte er persönlich für gut, denn das Verkehrsministerium sei über alle Argumente hinweggegangen und habe nichts von dem berücksichtigt, was die Bürgermeister und die Fluglärmkommission gefordert hätten. Die Erfolgsaussichten einer eigenen Klage der Stadt Bergisch Gladbach halte er jedoch für sehr gering. Die Stadt müsse für die Zulässigkeit der Klage in eigenen Rechten betroffen sein. Die rechtliche Betroffenheit könne sich nur aus einem Eingriff in die Planungshoheit oder in das Eigentum der Kommune begründen. Die Lärmbelastung sei in Bergisch Gladbach jedoch nicht so hoch, dass die Stadt in ihrer Planungshoheit beeinträchtigt sei. Dies sei in Siegburg auf Grund der höheren Lärmbelastung anders. Er empfehle daher die finanzielle Unterstützung der Klage der Stadt Siegburg. Wenn Siegburg Recht bekäme, so nütze dies auch der Bergisch Gladbacher Bevölkerung.

Herr Mömkes stellt fest, dass im Rat wohl ein inhaltlicher Konsens bestehe, dass den von Fluglärm betroffenen Bürgern unbedingt geholfen werden müsse. Es seien andererseits auch wirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen. Die CDU-Fraktion habe zum Thema Fluglärm immer beide Gesichtspunkte berücksichtigt, sei jedoch über das Vorgehen des Landesverkehrsministers erstaunt und hätte sich eine bessere Kommunikation zwischen dem Landesministerium und den Kommunen gewünscht. Die CDU-Fraktion schließe sich dem Beschlussvorschlag des Bürgermeisters an.

Herr Lang erläutert, der Rat habe gegen die Verlängerung protestiert und müsse nun auch aktiv etwas dagegen tun.

Herr Schneeloch weist ergänzend darauf hin, die Stadt Bergisch Gladbach werde der Klage nach dem Beschlussvorschlag des Bürgermeisters nicht beitreten, sondern die Stadt Siegburg finanziell in ihrem Klageverfahren unterstützen.

Auch Herr Schütz äußert, in Anlehnung an die Frage von Herrn Nagelschmidt sei ihm selbst noch nicht ersichtlich, welchen Vorteil eine finanzielle Unterstützung der Klage der Stadt Siegburg für die Stadt Bergisch Gladbach bedeute.

Herr Orth antwortet, dass, wenn die Stadt Siegburg mit ihrer Klage erfolgreich sein sollte, dies auch für die betroffene Bergisch Gladbacher Bevölkerung von erheblichem Vorteil sei. Daher wolle er die Klage der Stadt Siegburg unterstützen.

Herr Nagelschmidt widerspricht der Ansicht des Bürgermeisters. Eine finanzielle Unterstützung bringe keinerlei rechtlichen oder wirtschaftlichen Vorteil für die Stadt Bergisch Gladbach. Man habe die Solidarität mit der Stadt Siegburg kundgetan und dies sei ausreichend.

Aus Sicht von Herrn Ziffus hätte eine selbständige Klage der Stadt Bergisch Gladbach den Vorteil, dass auch für Bergisch Gladbach ein unabhängiges Lärmgutachten erstellt würde.

Herr Orth lässt daraufhin zunächst über den Beschlussvorschlag des Bürgermeisters abstimmen. Für den Beschlussvorschlag stimmen die SPD-Fraktion, die BfBB-Fraktion, Teile der CDU-Fraktion und ein Ratsmitglied aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegen den Beschlussvorschlag stimmen die FDP-Fraktion, die übrigen Ratsmitglieder aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und zwei Ratsmitglieder aus den Reihen der CDU-Fraktion. Die Ratsmitglieder der Fraktion KIDitiative und ein Ratsmitglied aus den Reihen der CDU-Fraktion enthalten sich.

Herr Dr. Baeumle-Courth und Herr Ziffus protestieren gegen die vom Bürgermeister vorgenommene Abstimmungsreihenfolge. Sie hätten zu Beginn der Beratungen zu diesem TOP deutlich gemacht, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Falle einer Ablehnung ihres Antrages kompromissweise auch für den Beschlussvorschlag des Bürgermeisters stimmen würde. Die Abstimmung solle daher wiederholt und zunächst über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der auch der weitestgehende sei, abgestimmt werden.

Herr Orth entgegnet, der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei aus seiner Sicht nicht verständlich. In Ziffer 1 des Antrages fordere die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine selbständige Klage der Stadt Bergisch Gladbach. In Ziffer 2 werde der Bürgermeister jedoch gebeten, bei der Stadt Siegburg zu erfragen, ob sich die Stadt Bergisch Gladbach der Klage der Stadt Siegburg anschließen könne. Er bitte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darum, dies zu erläutern.

Herr Ziffus fordert Herrn Orth auf, über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie vorgelegt abstimmen zu lassen. Der Bürgermeister dürfe auf eine Abstimmung über den Antrag nicht verzichten.

Herr Orth fragt die Ratsmitglieder, ob sie mit der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen Abstimmungsreihenfolge - und damit einer Wiederholung der Abstimmung über den Beschlussvorschlag des Bürgermeisters - einverstanden sei.

Hiermit zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

Für den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN selbst. Mit Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion wird der Antrag bei Enthaltung der Fraktion KIDitiative und der BfBB-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und zwei Stimmen aus den Reihen der CDU-Fraktion bei einer Enthaltung aus den Reihen der CDU-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die Stadt Bergisch Gladbach unterstützt nachhaltig die von der Stadt Siegburg beim Oberverwaltungsgericht in Münster zum Aktenzeichen 20 D 7/08.AK eingereichte Klage gegen das Land Nordrhein-Westfalen wegen Verlängerung der Nachtflugregelung am Flughafen Köln/Bonn. Der Bürgermeister wird ermächtigt, sich an den durch das Gerichtsverfahren entstehenden Kosten anteilmäßig,

maximal mit 5000,- EUR, zu beteiligen.

<-@

25. Anfragen der Ratsmitglieder

@-> Frau Koshofer: Anfrage zu städtepartnerschaftlichen Aktivitäten in Zusammenhang mit der Veranstaltungsreihe „Hello Great Britain“

Frau Koshofer fragt, warum an Veranstaltungen wie der Eröffnung der Veranstaltungsreihe „Hello Great Britain“ nicht auch Vertreter aus der englischen Partnerstadt Runnymede teilnehmen würden und wie dies für zukünftige Veranstaltungen geändert werden könnte.

Herr Orth antwortet, es bestünden lebhaft städtepartnerschaftliche Kontakte zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und ihren Partnerstädten.

Frau Koshofer fragt ergänzend, warum sich diese Lebhaftigkeit nicht durch Anwesenheit äußere.

Frau Koshofer: Anfrage zur Nichtteilnahme des Integrationsbeirates an Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag 2008

Frau Koshofer fragt, warum der Integrationsbeirat sich nicht an den Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag 2008 beteiligen wolle. Sie habe eine entsprechende Frage bereits in der vergangenen Sitzung des Hauptausschusses gestellt und bitte um eine Intensivierung der Beteiligung des Integrationsbeirates an derartigen Veranstaltungen.

Herr Orth antwortet, die Frage werde an den Integrationsbeirat weitergeleitet.

Herr Nagelschmidt: Anfrage zu den finanziellen Auswirkungen des Streikaufrufes der Gewerkschaft ver.di (Warnstreik am 20.02.2008)

Herr Nagelschmidt fragt, wie viele Arbeitsstunden durch den Warnstreik am 20.02.2008 in der Stadtverwaltung ausgefallen seien und welche finanziellen Auswirkungen dies für die Stadt Bergisch Gladbach gehabt hätte. Ihn interessiere auch, welche Einnahmeausfälle durch den Warnstreik z.B. im Bereich „Überwachung ruhender Verkehr“ entstanden seien.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage. Die finanziellen Auswirkungen könnten jedoch nur überschlägig ermittelt werden.

Frau Schmidt-Bolzmann: Anfrage zu einer möglicherweise widerrechtlichen privaten Nutzung eines städtischen Grundstücks an der Taufkirche in Refrath

Frau Schmidt-Bolzmann fragt, auf welcher vertraglichen Grundlage die Bewohner des Hauses Kirchfeld 18 eine städtische Parzelle als Privatparkplatz für zwei Autos nutzen und sogar mit einer Kette absperren würden, obwohl die Fläche neben der

Taufkirche für Kirchenbesucher dringend benötigt werde.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage und bittet Frau Schmidt-Bolzmann, derartige Fragen zukünftig im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu stellen.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zum Baubeginn an der Friedrich-Ebert-Straße

Herr Dr. Baeumle-Courth berichtet von Gerüchten, an der Friedrich-Ebert-Straße, Nähe Meisheide, seien Bauarbeiter gesehen worden, die Vermessungsarbeiten durchgeführt und angekündigt hätten, dass in der nächsten Woche mit dem Straßenbau begonnen werde. Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob dies der Wahrheit entspreche und wenn ja, ob sichergestellt sei, dass die Baumaßnahme mit beiden möglichen Ergebnissen des voraussichtlichen Beschlusses des Rates zum Bebauungsplan Meisheide in der nächsten Ratssitzung koordiniert sei, damit keine Steuergelder verschwendet würden.

Herr Schmickler antwortet, es sei ihm nicht bekannt, ob bereits in den nächsten Wochen mit Bauarbeiten in diesem Bereich begonnen werde. Er könne jedoch versichern, dass enge Kontakte zwischen dem für den vorhabensbezogenen Bebauungsplan tätigen Ingenieurbüro (welches unter anderem die tiefbautechnischen Planungen begleite) und dem Landesbetrieb Straßenbau NRW bestünden. Etwaige Maßnahmen würden zwischen diesen beiden Beteiligten synchronisiert.

Herr Schwamborn: Anfrage zu den finanziellen Auswirkungen der Preiserhöhung der Erdgasversorgung durch die BELKAW

Herr Schwamborn erläutert, die BELKAW habe die Preise für die Versorgung mit Erdgas zum 01.04.2008 erhöht. Er fragt, ob die BELKAW diese Preiserhöhung auch gegenüber der Stadt vornehmen und welche Konsequenzen der Bürgermeister daraus ziehen werde. Er selbst habe den Energieversorger gewechselt.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Ziffus verweist auf seinen schriftlich formulierten Fragenkatalog und bittet um eine schriftliche Beantwortung seiner Anfragen. Der Fragenkatalog ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@